

Das Lieferkettengesetz

kurz erklärt



Ich mache mir in letzter Zeit manchmal Gedanken darüber, wo die Sachen, die ich kaufe, herkommen. Kennst du das, Jonas?

Ja, ich auch! Ich habe letztes ein Video dazu gesehen, woher die Rohstoffe in den Handys kommen – das war wirklich schrecklich! Kinderarbeit, Hungerlöhne, gesundheitsgefährdende Jobs, Verschmutzung von Flüssen und ganzen Landstrichen. Wie kann es sein, dass sowas heute noch passiert?

Foto im Smartphone: ILO Asia Pacific



Sowas wird mir auch gerade viel angezeigt. Ich will keine Sachen kaufen, für die andere Menschen so leiden müssen! Viele Unternehmen werben doch seit Jahren damit, dass sie was für die Nachhaltigkeit tun – wenn man die Videos sieht, hat man nicht das Gefühl, dass da wirklich was getan wurde.

Ich habe gelesen, dass bisher Versprechen von Unternehmen, etwas für Nachhaltigkeit zu tun, wenn überhaupt, nur freiwillig umgesetzt werden. Allerdings sind viele Unternehmen ja darauf aus, Profit zu machen und möglichst billiger als alle anderen zu sein. Verantwortung zu übernehmen ist da oft keine Priorität, sondern günstiger zu sein als der Wettbewerb.



Aber es kann doch nicht sein, dass Unternehmen Menschen und Umwelt derart ausbeuten und das legal ist! Es muss doch inzwischen machbar sein, dass die Unternehmen dafür verantwortlich gemacht werden können.



Ich habe was von einem neuen Gesetz gehört. Es verpflichtet Unternehmen, genauer danach zu schauen, wo ihre Ware herkommt und wie dort mit Menschen und der Umwelt umgegangen wird. Außerdem sollen sie, glaube ich, darauf achten, wo bei ihnen Menschen und Umwelt ausgebeutet werden und wie sie das vermeiden können.



Super! Ich finde es gut, wenn Unternehmen mehr Verantwortung für ihr Handeln übernehmen müssen! Das schau ich doch gleich mal online nach ...

Ah, hier: Die Verantwortung von Unternehmen gegenüber Menschen und Natur nennt man „Sorgfaltspflichten“. Daher kommt auch der Name des deutschen Gesetzes. Der ist aber echt ein Zungenbrecher: Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz (LkSG).*

* Das Gesetz gibt es schon seit 2023. Es ist bei uns die erste gesetzliche Verpflichtung für Unternehmen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten. Bei Verstößen drohen Geldstrafen von bis zu 2 % ihres durchschnittlichen Jahresumsatzes. Außerdem können Unternehmen bis zu drei Jahre von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden – also keine Geschäfte mit dem Staat mehr machen.



- sich zu Menschenrechten bekennen
- untersuchen, wo in ihrer Lieferkette potenziell Menschen und Umwelt ausgebeutet werden
- im Unternehmen Verantwortliche für das LkSG festlegen
- regelmäßig negative Auswirkungen auf Menschenrechte erfassen
- Maßnahmen zur Vorbeugung entwickeln
- Maßnahmen ergreifen, um Risiken abzustellen
- Beschwerdemöglichkeiten entlang der gesamten Lieferkette einrichten
- öffentlich darüber Bericht erstatten



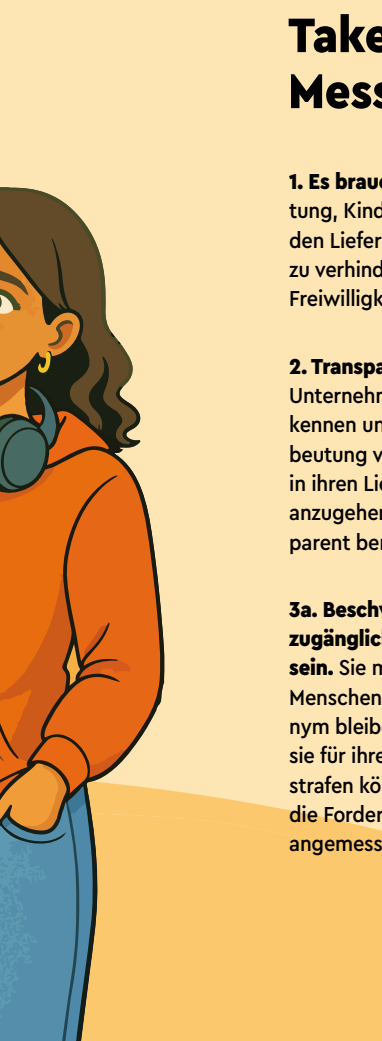
Weißt du, mein Onkel hat erzählt, dass es aus der Wirtschaft Kritik daran gibt. Manche Unternehmen befürchten, dass das Gesetz nur zu mehr Bürokratie oder einem Wettbewerbsnachteil führen könnte – andere sagen aber, dass sie davon viele Vorteile hätten. Was denkst du dazu?



Klar, das ist vermutlich erstmal ein Aufwand. Aber es hilft doch bei künftigen Problemen – wir schützen damit die Menschen, die unsere Produkte herstellen, und unser Klima. Ist es das nicht wert? Außerdem müssen Unternehmen für andere Bereiche auch Papierkram erledigen – zum Schutz von Menschen und Umwelt sollte der Aufwand ja dann wohl drin sein. Dabei stell ich mir aber die Frage, ob das Gesetz auch wirklich funktioniert?



Das kann ich mir schon vorstellen. Es gibt ja Möglichkeiten für Betroffene, sich anonym zu beschweren, und außerdem noch Strafen bei Verstößen. Dann bleiben die Regeln auch kein Papierkram.



Stimmt. Das kenne ich. Wenn Strafen drohen oder etwas klar geregelt ist, halten sich die meisten dran. Und dann wird es irgendwann normal für Unternehmen, auf die Einhaltung von Menschenrechten zu achten.



Das kann ich mir schon vorstellen. Es gibt ja Möglichkeiten für Betroffene, sich anonym zu beschweren, und außerdem noch Strafen bei Verstößen. Dann bleiben die Regeln auch kein Papierkram.

Take Home Messages

1. Es braucht Gesetze, um Ausbeutung, Kinder- und Sklavenarbeit in den Lieferketten von Unternehmen zu verhindern. Die Erfahrung zeigt: Freiwilligkeit reicht nicht aus.

2. Transparenz ist entscheidend! Unternehmen müssen ihre Lieferketten kennen und überwachen, um Ausbeutung von Menschen und der Natur in ihren Lieferketten zu erkennen und anzugehen. Darüber müssen sie transparent berichten.

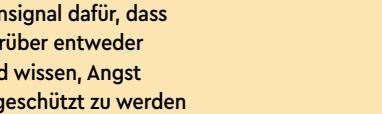
3a. Beschwerdesysteme müssen zugänglich und vertrauenswürdig sein. Sie müssen sicherstellen, dass die Menschen, die sich beschweren, anonym bleiben, damit Arbeitgeber*innen sie für ihre Beschwerden nicht bestrafen können. Außerdem muss auf die Forderungen der Beschäftigten angemessen reagiert werden.

3b. Wenn keine Beschwerden eingehen, sollten Unternehmen schauen, warum das so ist – es ist ein Warnsignal dafür, dass Betroffene darüber entweder nicht Bescheid wissen, Angst haben, nicht geschützt zu werden oder aber gar keine Hoffnung auf Besserung haben.

4. Die Übernahme von Verantwortung sollte nicht als „extra Aufgabe“ gesehen werden. Es ist eine längst überfällige Hausaufgabe: Schon seit 1948 gelten die internationalen Menschenrechte, an die sich auch Unternehmen halten sollten. Darüber hinaus sind seitdem zahlreiche weitere internationalen Absprachen für Umwelt- und Menschenrechte getroffen worden.

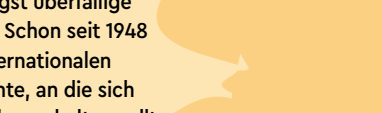
Mehr Infos zum Lieferkettengesetz findet ihr hier:

Der Kampf um Menschenrechte und Umweltschutz



Veränderung ist möglich!

Für mehr Infos folgt SÜDWIND auf Instagram:



gefördert durch:
ENGAGEMENT GLOBAL
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Bonn, Juni 2026
Herausgeber:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Dufner
Text: SÜDWIND
Illustrationen:
KI-generiert
2026-10

